



Rede vor Hauptversammlung Deutsche Bank, 27.05.2010

Dr. Sabine Farrouh, Vorstandsmitglied Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg/IPPNW

Meine Damen und Herren,

ich habe die Ehre hier heute vor Ihnen als Vertreterin der deutschen Sektion der „**International Physicians for the Prevention of the Nuclear War**“ – IPPNW – zu sprechen. Die Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs sind eine Ärztevereinigung mit weltweit über 30000 Mitgliedern in 62 Sektionen, die 1985 für ihr friedenspolitisches Engagement den Friedensnobelpreis bekommen haben.

In der deutschen Sektion engagieren sich ca. 6500 Ärztinnen und Ärzte für eine friedlichere Welt, frei von atomarer Bedrohung. Ein Teil unserer Mitgliedschaft sind sicher auch Kunden der Deutschen Bank.

Die Konflikte in der Region des Mittleren und Nahen Ostens spalten und destabilisieren die ganze Welt. Die deutsche IPPNW bemüht sich im Sinne der Konfliktverminderung und -prävention, der Besatzungs-, Siedlungs- und Kriegspolitik der israelischen Regierung sowie der Kollektivstrafe in Form der Blockade des Gazastreifens friedenspolitische Akzente und persönlichen Einsatz (Freedom Flotille) entgegen zu setzen. Deswegen hat die diesjährige Mitgliederversammlung der deutschen Sektion die Deutsche Bank aufgefordert, ihre Beteiligung an dem israelischen Rüstungskonzern Elbit aufzugeben. Deutsche Bank hält 2% an dem Rüstungskonzern, und ist der fünftgrößte Investor bei Elbit, der Teile der Sicherheitstechnologie für die Mauer in Palästina liefert. Damit ist sie an einer Firma beteiligt, die direkt von Völkerrechtsverstößen profitiert.

Der Bau der Mauer in dem palästinensischen besetzten Gebiet einschließlich Ost Jerusalem wurde im Mauer-Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004, dem die UN-Generalversammlung, darunter auch Deutschland, zugestimmt hat, als eindeutig völkerrechtswidrig erklärt.

Nach Ansicht des Gerichtshofs verstößt der Bau der Sperranlage gegen die 4. Genfer Konvention und das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung. Der Bau des Sperrzauns auf besetztem Gebiet laufe auf eine "De-facto-Annexion" des Gebiets hinaus – zumal auch 80 Prozent der israelischen Westjordanland-Siedler (etwa 320.000 Personen. Zahlen von 2004, inzwischen sind es mehr geworden, Siedlungen haben zugenommen) in dem Streifen zwischen Zaun und Grenze leben. Eine

Rechtfertigung des Zaunverlaufs konnte der IGH nicht erkennen. Der Bau auf besetztem Gebiet könne weder mit militärischen noch sonstigen Sicherheitserfordernissen begründet werden.

Auch das höchste Gericht Israels ist teilweise zu dem gleichen Urteil gekommen und hat Israel aufgefordert, Teile der Sperranlage auf palästinensischem Gebiet abzureißen. Bis heute ist nichts dergleichen passiert, im Gegenteil, es wird munter weitergebaut, auch - über Elbit - mit Beteiligung der Deutschen Bank.

Die Mauer verursacht vielfältiges Leiden. Unsere israelische Partnerorganisation „Physicians for Human Rights“ dokumentiert unter anderem im medizinischen Bereich eine Fülle von Menschenrechtsverstößen. Täglich werden Patienten z.B. durch die Mauer daran gehindert, rechtzeitig – auch bei Notfällen - ihrer Behandlung zugeführt zu werden; Todesfälle durch und an der Mauer sind keine Seltenheit.

Die Deutsche Bank gehört seit 2000 dem Deutschen Global Compact Netzwerk an. Als deren Mitglied verpflichtet sie sich, die international anerkannten Menschenrechte zu respektieren, innerhalb ihrer Einflussosphäre zu fördern und sicher zu stellen, nicht an Menschenrechtsverletzungen mitzuwirken. Die Deutsche Bank missachtet diese Grundsätze durch ihre Beteiligung an Elbit in ganz eklatanter Weise.

Deshalb bitten wir Sie, meine Damen und Herren, verweigern Sie dem Vorstand und dem Aufsichtsrat dieses Jahr die Entlastung und stellen Sie sicher, dass die Deutsche Bank nicht weiter Gewinne aus Völkerrechtsverstößen und Menschenrechtsverstößen zieht. Stellen Sie sicher, dass die Deutsche Bank Elbit aus ihrem Portfolio nimmt.

Schwedische und norwegische Pensionsfonds haben dies bereits getan. Sie haben Elbit aus ihrem Portfolio entfernt, nachdem der Ethikrat des schwedischen Första AP-Fonden feststellte, dass Schweden und die EU die Sperranlage als Verletzung internationalen Rechts betrachten.

Ich denke, auch die Deutsche Bank kann es sich nicht leisten, offen Rechtsbrecher zu unterstützen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.